SCHÜLER UNION
Schleswig-Holstein

Schule von morgen mitgestalten!

Einleitung

Als Schüler Union stehen wir für eine zukunftsgerichtete Bildungspolitik ein. Zukunftsgerichtet bedeutet allerdings nicht, wie die Meisten zuerst denken, den Fokus ausschließlich auf Digitalisierung zu setzen - zukunftsgerichtet bedeutet für uns viel mehr zu versuchen, dass Bildungssystem so weit wie möglich zu perfektionieren. Zukunftsgerichtet bedeutet dafür einzustehen, dass wir die Schulen sowie die Schülerinnen und Schüler von heute dazu befähigen die Herausforderungen von morgen zu meistern.

Die großen Herausforderungen von „morgen“ bestehen in der Aufarbeitung der Lerndefizite durch die Corona-Pandemie, in der dringend notwendigen Digitalisierung sowie in dem schulischen Umgang mit einer globalisierten und vernetzten Welt. Außerdem muss die politische Bildung und Mitbestimmung der Schülerinnen und Schüler stärker in den Fokus rücken, um gegen Extremismus jeglicher Art vorzugehen. Weiter denken wir, dass in der „Schule von morgen“ den Schülern mehr Möglichkeiten zur Vermittlung von Alltagskompetenzen angeboten werden müssen.

Lerndefizite durch die Coronakrise aufholen

Die Coronapandemie traf Deutschland im Jahr 2020 auf verheerende Weise und hatte dabei enorme negative ökonomische als auch soziale Folgen. Vielerorts war man gezwungen wichtige Einrichtungen, deren Öffnung die epidemische Lage verschlechterten, zu schließen. Das Bildungssystem unseres Landes war nicht auf eine derartige Situation vorbereitet und dementsprechend nicht in der Lage optimal zu funktionieren. Im Zuge des breitflächigen Lockdowns mussten auch Schulen schließen und der Unterricht in den digitalen Raum verlegt werden. Jedoch konnte aufgrund technischer Mängel sowie defizitären Fachwissens vieler Lehrkräfte das Konzept des Distanzunterrichts an vielen Orten nicht effektiv umgesetzt werden. Die Vermittlung des Lernstoffes scheiterte an Abstürzen von Schulwebsites, dem Fehlen von angepasstem Lernmaterial sowie einem fehlenden von vornherein durchdachten und funktionierenden Konzept für den Onlineunterricht. Auf viele deutsche Schüler wirkten sich die Konsequenzen dieser Situation in Form von großen Lerndefiziten und allgemeiner Verschlechterung der Noten aus.

In einer bundesweiten Befragung von Eltern, die vom ifo Institut München ausging zeigte sich, dass die Schüler seit Anfang des zweiten Lockdowns Anfang 2021 durchschnittlich nur etwa 4,3 Stunden mit Lernstoff verbracht haben, während sich dies vor der Pandemie noch auf circa 7,4 Stunden berechnete. Nicht nur bestand vielerorts der Distanzunterricht lediglich aus dem schlichten Bearbeiten und Abschicken von Arbeitsblättern, sondern berechnete sich bei circa 39% der Schüler die Zahl der Unterrichtsstunden auf maximal eine Videokonferenz pro Woche. Folge dessen war, dass gerade im Unterricht schwächere Schüler zurückblieben und sich bei den Kindern und Jugendlichen große Lerndefizite und Wissenslücken zeigten. Da vermehrt weder Eltern Unterstützung bieten konnten noch das Schulsystem die Schüler optimal tragen konnte, wirkte sich dieses Problem flächendeckend im ganzen Bund aus. Neben den zahlreichen Lücken im Lernstoff kamen außerdem auch persönliche und psychische Belastungen bei den Schülern hinzu. Zudem wurde deutlich, dass auch die sozial-emotionale und kognitive Entwicklung vieler Kinder darunter litt.

Die Situation an den Schulen sowie die eigene technische Ausstattung entschieden dabei, ob ein Schüler überhaupt am Unterricht teilnehmen geschweige denn von seinen Lehrern unterstützt werden konnte. Statt den Unterrichtsstoff zu entschleunigen und sich auf die Vermittlung der grundlegenden Inhalte zu fokussieren, konzentrierten sich Lehrkräfte teilweise auf das schlichte durcharbeiten der Lehrpläne. Somit vermutet man sogar, dass die Schüler im gesamten Bund im Lockdown deutlich weniger gelernt haben als zuvor angenommen. Auch wurde durch diese Lage die Bildungsgerechtigkeit insofern geschwächt, dass vor allem Kinder und Jugendliche aus sozial schwächeren Familien, die finanziell nicht in der Lage waren Nachhilfe in Anspruch zu nehmen erst recht hinterherblieben. Diese Ungleichheit führte besonders bei solchen Schülern zu enormen Lerndefiziten. Die psychischen, physischen als auch intellektuellen Folgen, welche die Pandemie bei den Schülern ausgelöst hat und der mit den Lerndefiziten einhergehende Kompetenzverlust, wird von Bildungsforschern als die wohl langwierigste als auch finanziell belastendste Folge der Corona-Pandemie angesehen.

Damit kommt die Problematik nicht nur dem Staat teuer zu stehen, sondern schadet einer gesamten Generation als zukünftigen Arbeitnehmern. Denn der Verlust eines Drittels des Schuljahres, kann im Berufsleben bis zu einem 3% niedrigeren Erwerbseinkommen führen. Dies zieht enorme negative ökonomische als auch soziale Folgen mit sich und würde den Staat nach aktuellen Berechnungen bis zum Ende des Jahrhunderts etwa zwei Billionen Euro an verlorenem Bruttoinlandsprodukt kosten. Aufgrund mangelnder flächendeckender Lernstandserhebungen während des Lockdowns lässt sich die Bildungssituation zudem nicht genau einschätzen, jedoch zeigte eine Studie aus den Niederlanden einen Verlust der Lernleistung um 20% nach nur acht Wochen, die Folgen von längerer Zeit in dem Distanzunterricht lässt also nur dunkle Aussichten übrig. Verstärkend dazu sind Forscher der Frankfurter Goethe-Universität nach dem Auswerten von Daten diverser Länder zu dem Schluss gekommen, dass im generellen die Kompetenzentwicklung der Schüler während des Distanzunterrichts gar abgenommen haben könnte.

Um die verheerenden Folgen der Corona-Pandemie für die Schüler einzudämmen sowie den Schülern und Lehrern entgegenzukommen, fordert die Schüler Union Schleswig-Holstein:

1. Eine schnelle und umfangreiche Investition in eine nachhaltige Nachschulung in Form von flächendeckendem Förderunterricht, Einzel- oder Unterricht in Kleingruppen am Nachmittag in den jeweiligen Schulen.
2. Ein ausgeweitetes Angebot von Ferienprogrammen und Nachhilfe, durch freiwillige ehemalige Lehrkräfte und Lehramtsstudenten als Mentoren.
3. Die Verteilung von Unterstützungsgeldern zum Ausgleich von Lerndefiziten bedarfsgerecht durchzuführen.
4. Eine/n festen Ansprechpartner oder -partnerin als verlässliche Kontaktperson für eine bessere Kommunikation von Schülern und ihren Eltern mit der jeweiligen Schule nach französischem oder niederländischem Vorbild

Digitalisierung

Während in Deutschland gerade einmal 4% der Schüler behaupten konnten, dass sie täglich im Unterricht digitale Medien benutzen, waren es beim Spitzenreiter in diesem Bereich, Dänemark, 91%. Zudem hat in Deutschland lediglich jede vierte Schule eine gute Wlan-Verbindung, während

dies in Dänemark an allen Schulen der Fall ist. Die Nutzung von Lernplattformen liegt bei 17% und wird dabei erneut von Dänemark mit 97% in den Schatten gestellt. Problematisch ist hier vor allem, wie lange das Problem in der Bildungspolitik außer Acht gelassen wurde. In Dänemark begann man bereits 2001 Schüler und besonders Lehrer umfangreich im Umgang mit den Medien geschult und gefördert wurden. Damit hängt Deutschland 20 Jahre hinter dem Spitzenreiten dieser Thematik und es wird klar wie dringlich ein neuer Diskurs in der Umsetzung der Digitalisierung im Bildungssektor ist, da Verhältnisse der deutschen Digitalisierung an Schulen im internationalen Vergleich in beinahe allen Anhaltspunkten nicht mehr zeitgemäß sind.

Bereits 2016 stellte die Bundesregierung zu diesem Zweck den Digitalpakt Schule in Höhe von 5.5,- Milliarden Euro auf, der als Gesamtlösung vorgesehen ist und die Finanzierung von Geräten wie Computern oder Tablets, verschiedener Software und Lernprogramme sowie die breite Abdeckung der Schulen mit einem Internetzugang zu sichern. Bis zum Jahr 2020 waren jedoch nur 5% der Gesamtsumme dieser Gelder bewilligt und bloß 0.3% trafen tatsächlich an den Schulen ein, Dabei erhielten sieben Bundesländer nicht einen Euro. Im Januar 2021 wurden 25% bewilligt, während 9% an Schulen angekommen sind, außerdem erhöhte man das Gesamtpaket auf 7.15,- Milliarden Euro, was jedoch laut Bildungsexperten, welche eine Summe von 20,- Milliarden Euro für notwendig halten, nicht sachgemäß kalkuliert und nicht ausreichend ist. Die Summe ließe sich gerade einmal auf 650,- Euro pro Schüler in Deutschland bestimmen, was nicht für eine weitgreifende Lösung im gesamten Bund ausreichen wird.

Anhand der angeführten Punkte fordert der Landesverband der Schüler Union Schleswig-Holstein:

1. Um eine zukunftsweisende und schnelle Lösung der Problematik zu gewährleisten ist eine schnellere Entbürokratisierung des Digitalpaktes nötig. Statt dass Schulen einen eigenen Medienentwicklungsplan bei den zuständigen Kommunen oder Ländern vorlegen müssen, sollte dies beispielsweise an externe Fachkräfte delegiert werden. Eine angemessene Erhöhung des Digitalpaktes in Höhe von 20 Milliarden Euro ist erforderlich, außerdem haben Bund und Länder dafür Sorge zu tragen, die Auszahlung des Digitalpaktes zu beschleunigen.
2. Damit die Schüler frühzeitig Kompetenzen auf dem Gebiet ausbilden und den Umgang mit Hardware und Software lernen, ist es unabdingbar vorhandene Hard- und Software regelmäßig zu benutzen sowie die vorhandenen Computer zu erneuern.
3. Eine umfangreiche Fortbildung der Lehrer zur Benutzung der digitalen Hilfsmittel ist erforderlich, um effektiven modernen Unterricht an Schulen zu ermöglichen. Dafür fordern wir die nötigen Mittel bereitzustellen und verpflichtende Lehrgänge auf dem Gebiet zu ermöglichen.
4. Für eine Optimierung der Organisation an Schulen und um den Zugriff auf bestimmte Inhalte zu erleichtern, sowie den Unterricht digitalisiert abzuhalten, fordern wir neben einem Großteil der Unterrichtsstunden auch Noten, sowie Stundenpläne und Lernmaterial komplett zu digitalisieren.

Informationsgrundlage für politische Meinungsbildung an Schulen verbessern - Herausforderungen in einer globalisierten und vernetzten Welt

Anlass dieses Abschnittes ist die unterschiedliche Handhabung der politischen Bildung an weiterführenden Schulen im Land bezogen auf aktuelle Themen und Probleme. In einer global vernetzten Welt ist es nicht immer leicht an sachliche Informationen zu kommen. Insbesondere dann, wenn es viele Konfliktparteien gibt und der Hintergrund nicht sofort klar ist. Die Folge ist, dass Informationen oft unsachlich sind, weswegen sie schlechter gefiltert werden können und die Meinungsbildung nicht auf neutraler Wissensbasis erfolgt. Der Weg dieses Problem zu umgehen ist das Informieren über neutrale Quellen, doch kommen diese zu selten bei den Jugendlichen an, da wenige Jugendliche sich aktiv mit der politischen Lage auseinandersetzen. Die Folge ist, dass nur Teilinformationen aus sozialen Netzwerken aufgenommen werden und die Schüler in ihrer Filterblase gefangen sind. Auch die Familie spielt bei diesem Prozess eine wichtige Rolle. Wenn diese ebenso in ihrer Filterblase sind und nicht daran interessiert sind diese zu verlassen, hat dies negative Auswirkung auf die Meinungsbildung des Kindes, da dieses sich nur noch weiter bestätigt fühlt. Parteien üben ihren Einfluss und neutrale Berichterstattungen kommen oft nicht bei den Jugendlichen an. Die aktuelle politische Bildung der Schulen bleibt zu sehr am einzelnen Lehrer hängen, da aktuelle Geschehnisse nicht im Lehrplan festgehalten werden können und nicht vorhersehbar sind. Und an diesem Punkt muss sich der Bildungsföderalismus beweisen. Denn durch ihn kann man auf der einen Seite die aktuellen Themen einbauen und auf der anderen die lokal oder regional begrenzte Probleme ansprechen. Insgesamt müssen die Rahmenbedingungen angepasst und die Schulen stärker in die Pflicht genommen werden, indem sie Informationen einerseits bereitstellen und andererseits den Schülern den Weg ebnen polarisierende Nachrichten zu erkennen und neutrale Informationen zu suchen für eine differenziertere Meinungsfindung und eine lebendigere Demokratie.

Anhand der angeführten Punkte fordert der Landesverband der Schüler Union Schleswig-Holstein:

1. Quellenarbeit als elementarer Bestandteil von Recherche stärker in das Bewusstsein zu rufen und insbesondere die Folgen der Verbreitung von Falschnachrichten zu kennzeichnen;
2. einen Spielraum bei der Unterrichtsplanung für aktuelle Themen, um diese mit Hintergrundwissen zu füllen und komplexe Sachverhalte verständlich zu lehren.

Politische Bildung fördern

Politische Bildung ist essentiell für die politische Meinungsbildung einer jeden Schülerin und eines jeden Schülers. Doch nicht nur das: Eine gute politische Bildung sollte der Garant dafür sein, nicht in extremistisches Denken zu verfallen. Eine gute politische Bildung sollte dazu führen, dass Jugendliche sowie Schülerinnen und Schüler animiert werden sich politisch zu beteiligen und den Willen der Jugend auch in der Politik durchzusetzen.

Jedoch wird die politische Bildung an den Schulen in Schleswig-Holstein zu theoretisch angegangen. Zwar sollte eine jede Schülerin und ein jeder Schüler mindestens einmal in der Schulkarriere den schleswig-holsteinischen Landtag besucht haben, jedoch gibt es kaum mehr Berührungspunkte mit echter politischer Arbeit oder Politikern. Allerdings lässt sich oft erst durch den Dialog zwischen Politikern und Jugendlichen ein politisches Verständnis und ein Interesse zur eigenen politischen Beteiligung entwickeln. Außerdem ist der Austausch für die Schülerinnen und

Schüler wichtig, um herauszufinden welche Partei sie gegebenenfalls unterstützen oder wählen möchten.

Vor allem die politische Bildung der Schülerinnen und Schüler im Bereich der Kommunalpolitik kommt oft zu kurz. Bei den meisten wird das Thema einmal kurz im neunten Jahrgang behandelt und dann nie wieder in der gesamten Schulkarriere. Oftmals fehlen die die Grundkenntnisse der kommunalpolitischen Strukturen und das Verständnis für Kommunalpolitiker. Da die Jugendlichen allerdings direkten Einfluss auf das politische Geschehen in der Heimatgemeinde durch einen Jugendbeirat oder ein Jugendparlament nehmen könnten, ist diese Desinformation umso schlimmer. Um die Lehrer dazu zu bewegen, den Unterricht zu dem Thema zufriedenstellend zu behandeln und damit die Schüler mehr Berührungspunkte mit der Kommunalpolitik bekommen, fordern wir einen verpflichtenden Besuch einer Gemeindevertretung im 9. Jahrgang. Die Gemeindevertretersitzung soll vorher im Unterricht vorbereitet werden, damit die Schülerinnen und Schüler der Sitzung folgen können.

Eine weitere gute Möglichkeit um die politische Bildung an Schulen praktischer zu gestalten sind Planspiele, bei denen Sitzungen des Landtages, des Bundestages, des Europaparlamentes oder der Gemeindevertretung nachgespielt werden. In diesen Planspielen nehmen die Schülerinnen und Schüler die Rolle der Politiker ein und finden sich in Fraktionen zusammen um dann in der fiktiven Sitzung Anträge zu diskutieren und zu beschließen. Diese Planspiele können einerseits von verschiedenen Organisationen geplant und begleitet werden und andererseits durch dir Schule organisiert werden. In beiden Fällen ergibt sich allerdings finanzieller Mehraufwand für die Schule bzw. den Schulträger. Da dieser finanzielle Mehraufwand allerdings kein Hindernis für das Durchführen eines Planspieles sein sollte, fordern wir die Förderung solcher Planspiele.

Anhand der angeführten Punkte fordert der Landesverband der Schüler Union Schleswig-Holstein:

1. Planspiele zur Kommunal- Landes- Bundes- und Europapolitik fördern
2. Mindestens einen planmäßigen Besuch einer Gemeindevertretung im 9. Jahrgang

Auf- und Ausbau des AG-Systems an Schulen

Der Unterricht an deutschen Schulen ist hauptsächlich theoretisch gestaltet. Zwar lernen Schüler den Aufbau von Zellen oder wie sie Gedichte analysieren, Wissen, welches praktisch im Leben anwendbar ist, wie die Planung eines Haushalts, Finanzen oder handwerkliches Geschick wird jedoch kaum vermittelt. So wünschen sich laut einer Umfrage der Schufa 92% der “Jugend” in der Schule mehr über Finanzen zu erfahren, hierbei geht es um Wissen darüber, worauf man achtet wenn man einen Vertrag abschließt, wie man sein Geld investiert und wie man eine Steuererklärung macht.

Auch Wissen über das Führen eines Haushalts wird zu wenig in den Schulen vermittelt, obwohl doch vorherzusehen ist, dass die meisten der Schüler irgendwann einmal einen Haushalt führen werden, Verträge abschließen oder eine Steuerklärung machen müssen.

Um das praktisch Anwendbare wieder mehr in den Schulalltag zu integrieren, soll das AG System aufgebaut und ausgebaut werden, in dem den Schülern das praxisnahe Wissen vermittelt wird. In diesem System sollen die Schüler dann frei wählen können, welche Themen und welche AGs für sie relevant sind. Die Teilnahme soll freiwillig sein und am Nachmittag stattfinden. Die AGs sollen nicht wie weiterer Unterricht behandelt werden, sondern das Erlernte soll aus dem Willen der

Schüler kommen. Anstelle von Noten und Klausuren soll die Teilnahme in den Anmerkungen des Zeugnisses gewürdigt werden.

Des Weiteren sollen die Schüler ggf. modern und flexibel Teil des Lehrens werden, in dem sie selbst aktiv den Unterricht mitgestalten und ihren Mitschülern aktiv wissen vermitteln.

Anhand der angeführten Punkte fordert der Landesverband der Schüler Union Schleswig-Holstein:

1. den Aufbau und Ausbau eines AG Systems in welchem die Schüler die Möglichkeit haben, praxisnah Verständnis für Themen wie Finanzen, Steuern, Haushalt, Handwerkliches und Gesundheit zu erlernen.